

Was bedeutet das knappe Ja zur Beschaffung des Kampfflugzeugs für die Zukunft?

Mit dem Ja zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge hat die Bevölkerung am 27. September 2020 klargemacht, dass sie weiterhin eine glaubwürdige Luftwaffe will. Das knappe Resultat von 50,1% oder nur 8'670 Stimmen Vorsprung bei 1'597'030 Nein zu 1'605'700 Ja muss allerdings näher analysiert werden.

Die Schweiz hat den längst fälligen Grundsatzentscheid getroffen und will zum Schutz der Bevölkerung neue Kampfflugzeuge beschaffen. Die seit 1978 und 1996 im Einsatz stehenden Kampfflugzeuge werden für maximal 6 Milliarden Franken durch neue ersetzt. Während die F/A-18 Hornet aus dem Jahr 1996 im Jahr 2030 an das Ende ihrer endgültigen Nutzungsdauer gelangen, sind die 1978 beschafften F-5E Tiger bereits heute veraltet. Im Ernstfall wären sie völlig chancenlos gegen ein modernes Kampfflugzeug. Damit ist klar: Die alten Flugzeuge müssen erneuert werden. Ansonsten ist der Schweizer Luftraum ab 2030 ungeschützt. Gegen diesen Entscheid wurde das Referendum von der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) ergriffen. Von SP und Grünen sind sie unterstützt worden, weshalb es am 27. September 2020 überhaupt zur Volksabstimmung gekommen ist.

Dass diese Ersatzbeschaffung notwendig ist, wird von einem grossen Teil der Stimmbevölkerung bestritten. Mit je nach Vorlage 59,1 bis 59,4 Prozent Stimmbeteiligung verzeichnete das Abstimmungspaket die fünfthöchste Stimmbeteiligungsrate seit Einführung des Frauenstimmrechts 1971. Seit der Einführung des Frauenstimmrechts hat die durchschnittliche Stimmbeteiligung in der Schweiz rund 43 Prozent betragen. In den vergangenen 20 Jahren ist sie gemäss Bundesamt für Statistik auf 44,9 Prozent gestiegen.

Immerhin sind aus dem Gripen-Debakel von 2014 die Lehren gezogen worden. Die Gripen-Vorlage, die damals von einem Kleinkrieg um die Typenwahl und einer Kakophonie innerhalb des Lagers der Armeebefürworter belastet war, scheiterte mit 53,4%. Diesmal kämpften die bürgerlichen Parteien, die Milizverbände und die Wirtschaftsverbände geschlossen für das neue Kampfflugzeug. Umso alarmierender ist das knappe Resultat von 50,1% Ja-Stimmen.

Haltung der Bevölkerung gegenüber der Sicherheit

Sicherheits- und neutralitätspolitisch ist die Schweizer Bevölkerung immer hinter dem bisherigen Kurs einer starken und modernen Milizarmee gestanden. Die Jahresstudie «Sicherheit», die von der Militärakademie an der ETH Zürich und dem Center for Security Studies (CSS) jeweils gemeinsam publiziert wird, dient der Ermittlung langfristiger Trends in der aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung in der Schweiz. Sie basiert auf im Jahresrhythmus durchgeführten repräsentativen Befragungen. In den vergangenen Jahren haben die Umfragen der ETH zur Sicherheit der Schweiz immer wieder deutlich gemacht, dass die Bevölkerung in der Schweiz hinter einer glaubwürdigen Armee steht. Gemäss Studie Sicherheit 2020 ist für 86 % unserer Bevölkerung die Neutralität untrennbar mit dem Staatsgedanken verbunden. Als souveränes Land ist die Schweiz verpflichtet, ihren Luftraum eigenständig zu schützen und zu kontrollieren. Sollte es in unserem Umfeld zu einem bewaffneten Konflikt kommen, müsste unser Land seine Neutralität wahren und diese, falls nötig, auch mit Waffengewalt durchsetzen. Und schliesslich müsste sich die Schweiz bei einem bewaffneten Angriff verteidigen – auch gegen verschiedenste Bedrohungen im und aus dem Luftraum.

Erneuerungsbedarf unbestritten

Die Armee ist die erste und einzige Sicherheitsreserve unseres Landes und die Luftwaffe ein Teil des Gesamtsystems Armee. Die Tatsache, dass die bisherigen Kampfflugzeuge in den nächsten Jahren an ihr Lebensende kommen, war im Abstimmungskampf weitgehend unbestritten. Es geht um die Frage, ob die Bevölkerung auch in Zukunft vor Angriffen aus der Luft geschützt werden kann. Auch geht es darum, kritische Infrastrukturen landesweit vor allen möglichen Gefahren zu schützen. Eine Beschaffung dauert – von der Festlegung der Anforderungen über die Evaluation und die politische Beratung bis zur Auslieferung der Maschinen und Einführung bei der Truppe – mindestens 10 Jahre.

Unsicherheitsfaktor Corona

Die Covid-19-Pandemie hat aber auch deutlich aufgezeigt, dass unsere moderne Gesellschaft sehr verletzlich geworden ist und dass es schwierig ist, Vorhersagen zu machen. Eine Pandemie von diesem Ausmass hat Ende 2019 niemand vorausgesehen. Vor einem halben Jahr hätte auch niemand mit einer Teilmobilmachung der Armee zur Pandemiebekämpfung gerechnet. Genau so wenig lassen sich künftige Bedrohungen durch Angriffe aus der Luft einschätzen. Die Armee muss für die verschiedensten Bedrohungen bereit sein. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass in einem Ereignisfall nicht davon ausgegangen werden kann, dass Unterstützung von befreundeten Staaten kommt. Der Einsatz der Armee während der Pandemie hingegen hat bestätigt, dass auf unsere Truppen Verlass ist.

Fehlinformationen im Abstimmungskampf

Rational gesehen hätte also einer grossmehrheitlichen Zustimmung zur Erneuerung der Kampfjets nichts im Wege stehen sollen. Aber in politischen Diskussionen und Abstimmungskämpfen geht es selten um rationales Verhalten. Von einem „Coup der linken Gegner“ sprach am Tag nach der knappen Abstimmung die NZZ. „Die GSoA im Aufwind“, titelte einen Monat nach der Abstimmung der Tagesanzeiger. Sogar die SVP hätte vor den Armeeabschaffern Respekt, wird analysiert und der Autor des Zeitungsartikels „riecht sogar ein bisschen Revolution“. Doch diese Analyse greift entschieden zu kurz und entbindet die Unterstützerinnen und Unterstützer der Armee und des Kampfflugzeugs vor einer kritischen Selbstanalyse, zumal die GSoA im Abstimmungskampf reichlich abenteuerlich und unglaubwürdig argumentierte. Von den Kampfflugzeuggegnern wurde vorgebracht, dass wegen der Flugzeugbeschaffung Mittel in der Pflege und in der AHV fehlen würden. Diese Argumentation ist nicht nur scheinheilig, sondern auch sachlich falsch und in der Zeit der Corona-Krise, in der die Arbeitslosenversicherung und der Bund Milliarden einschiessen mussten, verfehlt. Es ist hinlänglich bekannt, dass die Strategie der GSoA seit Jahrzehnten auf die Schwächung und die Abschaffung der Armee abzielt. Dabei verschweigen die Linke und die GSoA der Bevölkerung, dass sie ein gefährliches Spiel mit der Sicherheit in unserem Land spielen und es ihnen nicht nur um die Kampfflugzeuge geht. Sie stellen sich gegen die Armee im Allgemeinen und unterhöhlen so die bewaffnete Neutralität unseres Landes.

Rolle der GSoA überbewertet

Mit Blick auf das knappe Resultat wird die Rolle der GSoA von den Medien überbewertet. Es wäre unzulässig anzunehmen, dass 50% der Stimmbevölkerung aufgrund ihres Stimmverhaltens in der Kampfjetabstimmung die Position der GSoA nach Abschaffung der Armee teilen würde. Mit einer einzigen Ausnahme – der bereits erwähnten Gripen-Abstimmung 2014 – sind seit der Abstimmung über die Abschaffung der Armee im November 1989 sämtliche armeekritischen Vorlagen abgelehnt worden, darunter die Initiative „40 Waffenplätze sind genug“ (1993), die F/A-18-Initiative (1993), die Volksinitiative «für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee» (2001), das Referendum der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) gegen die Revision des Militärgesetzes (Auslandeinsätze) (2001), die Volksinitiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» (2009), die Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt»(2011) und die Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» (2013).

Das gilt auch für die jüngste Initiative der GSoA, die am 29. November 2020 mit fast 60% der Stimmen kläglich gescheitert ist. Die Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» sieht eine starre Quote vor. AHV, IV, EO und Pensionskassen, Stiftungen und Nationalbank wird die Finanzierung von Unternehmen untersagt, die mehr als 5 Prozent ihres Umsatzes mit der Herstellung von Rüstungsgütern erwirtschaften. Der Stimmbevölkerung ist im Verlaufe des Abstimmungskampfes bewusst geworden, dass die eifrigen Initiantinnen und Initianten mit ihrem Vorhaben die soziale Sicherheit und die Anlagefreiheit der sozialen Sicherheitssysteme, inklusive Altersvorsorge angreifen wollen. Der Souverän hat die realitätsferne Träumerei von einer friedlichen Welt durchschaut und der GSoA eine weitere Abfuhr bescheinigt.

Gründe für das knappe Resultat zugunsten der Kampfjets

Wenn die Bevölkerung grundsätzlich der Armee grundsätzlich positiv eingestellt ist stellt sich dennoch die Frage, wer für das knappe Resultat der Kampfflugzeug-Vorlage verantwortlich ist. GSoA und die Kreise rund um die Armeeabschaffer sind es sicher nicht. Die Realität ist viel komplexer. Am 27. September 2020 kamen mit der Begrenzungsinitiative der SVP, dem Jagdgesetz und dem

Vaterschaftsurlaub weitere, emotional aufgeladene Vorlagen zur Abstimmung, die im linksgrünen, armeekritischen Lager mobilisierten. Aber auch bei einem Teil der Bürgerlichen kriegt man den Eindruck, sie hätten sich von der Sicherheitspolitik verabschiedet. Die SVP war ausschliesslich dem Kampf zugunsten ihrer Begrenzungsinitiative verpflichtet. Der Röstigraben zwischen der lateinischen und der deutschen Schweiz und die kritische Einstellung einer jüngeren städtischen und urbanen Bevölkerung trugen das ihrige zum schlechten Resultat bei.

Denkzettelstrategie und schleichende Entfremdung

Die Konstellation des Röstigrabens und das Mobilisierungspotential anderer, gleichentags zu Abstimmung gelangenden Vorlagen, reichen aber als Erklärung noch nicht aus für den Vorsprung von lediglich 8'000 Ja-Stimmen. Offenbar vermochten Bundesrätin Amherd und die Kampfpilotin Fanny Chollet die Frauen, die mehrheitlich das Unterfangen ablehnten, auch nicht zu überzeugen. Statt einer ungerechtfertigten Überbewertung der GSoA und links-grüner Kreise, die die Armee sowieso abschaffen wollen, wäre etwas mehr Selbstkritik auf bürgerlicher Seite und auf der Seite der Armeebefürworterinnen und Armeebefürworter angebracht. Bereits die Grippen-Abstimmung 2014 ist an der Unsicherheit der eigenen Kreise gescheitert. Offensichtlich sehen sich breite Teile der bürgerlichen Gesellschaft der Luftwaffe nicht mehr so stark verpflichtet. Dabei geht es letztlich nicht weniger darum, ob die Schweiz mittel- und langfristig noch die fliegerische Kontrolle über ihren eigenen Luftraum ausüben kann oder nicht. Auch geht es darum, dass die Armee ohne Luftwaffe ihre eigentliche Einsatzfähigkeit zu verlieren droht.

Freilich war die Luftwaffe in den vergangenen 10 Jahren nicht frei von negativen Ereignissen. Abstürze von Transporthelikoptern und Kampfpjets sowie Beinahe-Kollisionen füllten die Medien. Was tatsächlich in breiten Bevölkerungsschichten abhanden zu kommen scheint, ist vernetztes, sicherheitspolitisches Denken. Dass Armeegegnerinnen und Armeegegner jede Gelegenheit benutzen, um Nein zum System zu sagen, ist die aufgeworfene Frage noch so abstrakt wie beispielsweise in der Vorlage, die am 29. November 2020 zur Abstimmung kam, isst nachvollziehbar. In der breiten Bevölkerung, die durchaus Verantwortung übernehmen kann, wie vergangene Volksabstimmungen zeigen, fehlt aber zunehmend der Blick aufs Ganze. Geschichtliche Hintergründe, wie z.B. die Bedrohung der Schweiz im zweiten Weltkrieg werden ausgeblendet. Ein Rückgang der Verteidigungskosten seit den 90-er Jahren wird geduldet. Es wird offen der Verbund mit Nachbarländern gefordert, was die Neutralitätspolitik der Schweiz strapazieren und inhaltlich in Frage stellen wird. Es gelingt auch nicht mehr, die Dinglichkeit sicherheitspolitischer Anliegen darzustellen.

Herausforderungen für die Zukunft

„Das Resultat stellt die Wichtigkeit der Armee nicht infrage“, liess Bundesrätin Amherd am Tag nach der Abstimmung verlauten. Das ist richtig, zeugt aber auch von viel Zweckoptimismus. Künftige Urnengänge mit Blick auf Armee- und Sicherheitsfragen brauchen eine solide und verlässliche Basis. Insbesondere bei der jüngeren und urbanen Bevölkerung muss ein Sicherheitsverständnis geschaffen werden. Die Skepsis der Frauen und der urbanen Bevölkerung, aber auch der Graben zwischen der lateinischen Schweiz und der Deutschschweiz müssen überwunden werden. Mit Ausnahme des Kantons Wallis lehnten sämtliche französischsprachigen Kantone bis zu 68,6% den Kauf des neuen Kampfpjets ab. Auch im Tessin wurde die Vorlage abgelehnt.

Die Diskussionen um die Typenwahl stehen erst noch bevor. Vier Kampfpjets stehen zur Auswahl: zwei aus den USA (F-35 von Lockheed Martin und der Super Hornet von Boeing), der Eurofighter von Airbus und der französische Rafale aus dem Haus Dassault. Die Frage könnte sich jetzt stellen, welche politischen Zugeständnisse aufgrund des knappen Resultats erzwungen werden könnten. Die Antwort ist so einfach wie klar: Gar keine. Die Stimmbevölkerung hat mit dem Ja zur Vorlage den Rahmen abgesteckt. Keinesfalls soll jetzt politisch wieder eine Typendiskussion in Gang gesetzt werden wie damals 2014. Entscheiden sollen jene nach bestem Wissen und Gewissen, die etwas von der Materie verstehen. Eine Diskussion im Bereich des Mikromanagements ist dem Gesamtsystem Armee – und da gehört eine moderne Luftwaffe dazu – nicht förderlich. Vielmehr geht es jetzt darum, die Diskussion auf die Bedrohungslage und die Konsequenzen des Vorsorgeprinzips zu lenken. Wer in Bezug auf die Sicherheit nicht vorbereitet ist, wird früher oder später von der Realität eingeholt. Die Erfahrungen aus der Corona-Krise könnten hilfreich sein.

Oberst Dieter Kläy, Kantonsrat (FDP), Winterthur